

Entwurf 21. 12. 2018

Nein zum Krieg - abrüsten statt aufrüsten

Unser Land braucht einen grundlegenden Politikwechsel. Vor allem ist die wachsende Atomkriegsgefahr zu bannen. Durch konkrete Schritte: den Abzug der Atomwaffen aus Deutschland und dem Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag der UNO. Der INF-Vertrag, der die Atomraketen kurzer Reichweite begrenzt, muss eingehalten werden.

Wenn die USA, wie angekündigt, diesen Vertrag kündigen, wird sich die Gefahr eines Atomkrieges in Mitteleuropa drastisch erhöhen. Zumal die Atomwaffen allorts „modernisiert“ werden und ein führbarer Atomkrieg durchgespielt wird. Die Aufrüstung der NATO gerät ins Uferlose und die waffenstarrende Umkreisung Russlands heizt ein neues Wettrüsten an. Deshalb abrüsten statt aufrüsten.

Wir gehen an Ostern für eine Politik des Friedens, der gemeinsamen Sicherheit und gegen Aufrüstung auf die Straße. Wir verstehen uns als Teil jener zivilgesellschaftlichen Initiativen wie #Unteilbar, #Seebrücke, „Abrüsten statt aufrüsten“, Widerstand gegen die NATO-Politik und gegen neue Polizeigesetze sowie für gewerkschaftliche soziale und demokratische Rechte. Wir wollen den Druck auf die Politik im Interesse der Bevölkerung ausweiten.

Wir demonstrieren

gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr wie auch gegen die Produktion von Kriegswaffen und deren Exporte. Wir wollen eine Umstellung von Waffen auf zivile Produkte. Mit der deutschen Beihilfe zu den Drohnenmorden der USA muss Schluss sein. Eine Beteiligung an Angriffskriegen verbietet das Völkerrecht. Der Austritt Deutschlands aus der NATO und den Militärstrukturen der EU ist überfällig. Eine friedliche, demokratische und soziale Entwicklung der Europäischen Union, die wir wollen, verbietet den Aufbau einer Aufrüstungsunion wie PESCO. Im Wahlkampf zum Parlament der EU werden wir aktiv gegen die weitere Militarisierung Europas auf die Straße gehen.

Anstelle des Konfrontationskurses gegen Russland setzen wir auf gegenseitige Verständigung und friedliche Zusammenarbeit. Wir üben Solidarität mit den Geflüchteten und fordern die Beseitigung der Fluchtursachen wie Kriege, Gewalt, Hunger und Unterdrückung. Das Mittelmeer darf nicht weiter zum Massengrab für Flüchtlinge werden. Deshalb Schluss mit der todbringenden Abschottung Europas.

Bei unserem Engagement für Frieden, Demokratie und soziale Gerechtigkeit brauchen wir Unterstützung. Macht mit beim Ostermarsch und den Aktionen für Frieden, Demokratie und Gerechtigkeit.

Für einen Politikwechsel, damit Europa nicht zum zweiten Hiroshima wird.